

Lötschentaler und Schattenberger Gemeindepräsidenten stellen sich gegen die Wölfe



Sorgen immer öfter für Ärger bei Nutztierhaltern: Wölfe. Bild: Gruppe Wolf Schweiz

Norbert Zengaffinen

Die ungebremste Ausbreitung von Wölfen im Wallis soll mit sofortigen Eingriffen gestoppt werden, fordern die elf Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten des Bezirks Westlich Raron.

«Die Zeit ist gekommen, dass die breite Bevölkerung die Schäfer und Jäger mit ihren Problemen mit Wölfen nicht mehr allein lässt», sagt Beda Theler, Präfekt des Bezirkes Westlich Raron, gegenüber dem «Walliser Boten». Es mache sich immer mehr ein Unbehagen in der Bevölkerung breit, weil die Raubtiere immer näher bei den Dörfern auftauchen.

So, wie das etwa in der letzten Woche wenige Hundert Meter oberhalb von Ausserberg der Fall gewesen sei. Dort hat ein Wolf in der Nacht eine Gruppe Schwarznasenschafe überrascht. Beim Angriff wurden acht Schafe getötet und acht weitere verletzt, wie der «Walliser Bote» berichtete. «Mir hat ein Familienvater aus Ausserberg zugetragen, dass sein Kind abends weinend zu Bett ging, weil es Angst hatte, der Wolf könnte auch zu seinem Haus kommen», sagt Theler.

In der Tat, in der Region der Schattenberge und im Lötschental sind in diesem Alpsommer fünf verschiedene Wölfe von der Wildhut festgestellt worden. Einige Dutzend Schafe sind im Verlaufe des Sommers gerissen worden. Im gesamten Oberwallis sind in den letzten drei Monaten über 200 Schafe auf Alpen von Wölfen gerissen worden.

Nun reagieren die Lokalpolitiker der Region. «Alle elf Präsidentinnen und Präsidenten des Bezirks Westlich Raron haben am Mittwoch an einer Zusammenkunft eine Resolution unterschrieben,

welche die zuständigen Kantons- und Bundesbehörden auffordert, sofortige Eingriffe gegen die ungebremste Ausbreitung der Grossraubtiere zu ergreifen», sagt Theler.

Das Papier stellt in etwa die gleichen Forderungen, wie sie vor wenigen Wochen auch die Gemeindepräsidenten im Goms formulierten. «Der Bezirk Westlich Raron schliesst sich den Gemeindepräsidenten des Goms an», sagt Theler.

Die zunehmende Präsenz von Wölfen stelle in vielen Bereichen von Natur und Mensch eine Gefahr dar. Ohne sofortigen Eingriff gegen die Ausbreitung der Grossraubtiere werde die Weidetierhaltung verunmöglicht, es drohe die Verwaldung und Verbuschung von prägenden Kulturlandschaften, durch die Vergandung werde die Wald- und Flächenbrandgefahr erhöht, die Lawinengefahr nehme zu, heisst es in der Resolution. Und es drohe ein Rückgang der Artenvielfalt und die Aufgabe jahrhundertealter Traditionen. Die Gefahr von Übergriffen auf Menschen durch Herdenschutzhunde und Wölfe steige und letztlich seien Angstzustände bei Familien mit Kindern und den Einwohnern festzustellen.

Die Gemeindepräsidenten fordern den Walliser Staatsrat und den Bundesrat auf, sich in einer öffentlichen Stellungnahme dazu zu bekennen, dass sie den Schutz von Menschen und Nutztieren und deren Lebensraum übergeordnet zum Wolf setzen. Gleichzeitig sollen die zuständigen Dienststellen die Öffentlichkeit offener und transparenter zur Präsenz von Wölfen oder Wolfsangriffen informieren. Und alle Kosten, die Nutztierhaltern durch Wölfe entstehen, seien vollständig vom Staat zu entgelten und in nicht schützbaeren Gebieten sollen Wölfe vergrämt oder abgeschossen werden.